

Eisenhart, Walter: Historische und politische Bildung. Geschichts- und Politikunterricht als Gegenstand der Bildungspolitik in Bayern und Nordrhein-Westfalen – ein empirischer Vergleich. Schwalbach / Ts.: Wochenschau Verlag 2014, 480 Seiten, € 49,80.



„Kein Gymnasiast verlässt die Sekundarstufe I des Gymnasiums ohne angemessene politische und gesellschaftliche Grundbildung“. Diese Feststellung Walter Eisenharts (S. 299) beschreibt die Lage in Nordrhein-Westfalen. In Bayern stellt sich die Lage deutlich anders dar. Warum dies so ist und worauf zurückzuführen ist, ob ein Land im Rahmen seiner Schulpolitik nur der historischen Bildung oder auch der politischen Bildung einen angemessenen Stellenwert einräumt, damit befasst sich diese an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt entstandene Dissertation. Walter Eisenhart, Lehrer an bayerischen Haupt- bzw. Mittelschulen, bis 2012 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Lehrstuhl für Politikwissenschaft sowie erfahrener bayerischer Kommunalpolitiker, untersucht, wie politisch die politische Bildung nach dem Willen von Bildungspolitikern sein soll und sein darf. Abgesehen von einigen Längen, die dem Charakter als Dissertation geschuldet scheinen – für die Publikation hätte an verschiedenen Stellen deutlich gerafft werden können –, ist der Band höchst lesenswert, und zwar keineswegs nur für diejenigen, die sich be-

ruflich mit (schulischer) politischer Bildung befassen.

Eisenhart analysiert das Verhältnis von historischer und politischer Bildung in Bayern und Nordrhein-Westfalen sowohl unter didaktischen als auch unter bildungspolitischen Gesichtspunkten und konzentriert sich dabei vor allem auf den Zeitraum von 1975 bis 2005. In beiden Ländern war jeweils eine Partei prägende politische Kraft, die im genannten Zeitraum auch den Kultusminister stellte. Der Gegenstand schulischer politischer Bildung ist im Kern politisch (zumindest sollte er es sein). Aber, und das führt der Verfasser dem Leser sehr anschaulich vor Augen: Gerade auch der Stellenwert des Fachs im Fächerkanon ist das Ergebnis des politischen Widerstreits von Interessen. Was liegt also näher, als sich damit auseinanderzusetzen, welche bildungspolitischen Prioritäten bei der Gewichtung von historischer Bildung einerseits und politischer Bildung andererseits eine langjährig CSU-geführte Staatsregierung im Vergleich zu einer langjährig SPD-geführten Landesregierung setzt? Der breite Untersuchungsansatz des Autors führt den Leser nicht nur in die Entwicklung des politischen Fachunterrichts u. a. durch die Kultusministerkonferenz und die Lehrplanentwicklung der verschiedenen Landesministerien ein, sondern widmet sich sehr grundsätzlich dem jeweiligen Selbstverständnis sowie dem Verhältnis beider Fächer zueinander.

Dass sich die Begeisterung der Vertreter des Fachs Geschichte für die Einführung der politischen Bildung sehr in Grenzen hielt, vollzieht der Verfasser u. a. anhand der Beiträge in der Fachzeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ nach, in der nicht nur Arnold Bergstraessers Leitsätze zur politi-

schen Bildung an Schulen und Hochschulen Anfang der 1950er-Jahre höchst kontrovers diskutiert wurden. Waren es damals die Geschichtslehrer, die den Bedeutungsverlust des eigenen Faches fürchteten, führt die Frage nach dem Stellenwert der politischen Bildung in Stundentafel und Lehrplan mitten hinein in die (bildungs-)politische Auseinandersetzung: Was soll Schülern vermittelt werden? Das Verständnis für die historische Gebundenheit von Politik oder vor allem die Einsicht, dass Politik Diskurs und Auseinandersetzung über unterschiedliche Interessen ist?

Während Eisenhart selbst für einen Ansatz plädiert, in dem „Historizität und Politizität als philosophisches Fundament [...] widerscheinen“ (S. 204), zeigt er systematisch auf, dass die „parteilich-politisch differierten Regierungslager in Bayern und Nordrhein-Westfalen [...] fundamental differente Systeme historisch-politischer Schulbildung“ hervorbrachten (S. 442). In Bayern kommt der politischen Bildung als Unterrichtsfach zwar extrem geringe Bedeutung zu – zwei Drittel der bayerischen Gymnasialisten erhalten nur ein Achtel der Unterrichtsstunden nordrhein-westfälischer Gymnasialisten –, gleichzeitig soll das in Bayern – wenig glücklich – als „Sozialkunde“ bezeichnete Fach jedoch durch andere Schulfächer „unterstützt“ werden. Obwohl Eisenhart die Einschätzung von Fachleuten, dass dieses früher als Unterrichtsprinzip bezeichnete Ergänzungsverhältnis reiner Etikettenschwindel ist, nur bedingt teilt, hält er das Prinzip in der Praxis nicht für umsetzbar. Die dafür erforderliche „geistige Verankerung“ und Priorisierung einer umfassenden Betrachtung politischer Phänomene“ funktioniere in der Realität nicht (S. 254). Der Geschichtsunterricht

sei zwar stundenmäßig komfortabel ausgestattet, dieser Zeiteinsatz genüge jedoch nicht, um dem von der Politik gesetzten Anspruch gerecht zu werden, zusätzlich einen politischen Blick auf die historischen Sachverhalte zu werfen. An dieser Stelle hätte der Verfasser sich damit auseinandersetzen sollen, ob an den Schulen überhaupt die personellen Voraussetzungen dafür gegeben sind, außerhalb der Sozialkunde Inhalte und Methoden zu vermitteln, die tatsächlich der politischen Bildung dienen. Schließlich würde eine erfolgreiche Umsetzung des Unterrichtsprinzips voraussetzen, dass die Lehrkräfte der verschiedenen Fächer sowohl in den Inhalten als auch in der Didaktik der politischen Bildung universitär geschult oder zumindest kompetent weitergebildet sind.

Eisenharts Urteil über die politische Bildung in Bayern fällt durchgehend negativ aus. Zwar attestiert er der bayerischen Schulpolitik einen hohen Anspruch mit Blick auf die Ziele, die in Lehrplänen und Rahmenrichtlinien zur politischen Bildung formuliert werden, angesichts der tatsächlichen Stundenausstattung seien diese Ziele jedoch „überdimensioniert“ (S. 250). Doch die Unterschiede zwischen den beiden Ländern gehen noch weiter. Der so auch bezeichnete Politikunterricht in Nordrhein-Westfalen beruht auf dem didaktischen Prinzip der Handlungsorientierung und verschreibt sich dem Ziel der politischen Mündigkeit und Handlungskompetenz der Schüler. Zu dieser diskursiv angelegten Herangehensweise gehört, dass nicht nur Inhalte vermittelt werden, sondern die individuelle Entscheidungs- und Urteilsfähigkeit gefördert werden soll. Demgegenüber stehen in Bayern eher Wissensvermittlung und kognitive Lernziele im Vordergrund. In

Nordrhein-Westfalen befänden sich Politik- und Geschichtsunterricht institutionell „auf Augenhöhe“ und seien praktisch gleich gewichtet (S. 297), wohl auch deshalb, so nimmt Eisenhart an, weil die dortige parlamentarische Mehrheit das „eher affirmative Potenzial“ des Fachs Geschichte begrenzen wolle (S. 442). In Bayern hingegen sei die CSU dem Fach Sozialkunde wegen dessen eher kritischen Potenzials immer mit Misstrauen begegnet. Auch deshalb habe sich die Sozialkunde in Bayern nie gegen die zähen Beharrungskräfte des etablierten Fachs Geschichte durchsetzen können.

Es gelingt dem Autor, sein Urteil vom „beklagenswerten Dauerzustand“ der schulischen politischen Bildung in Bayern (S. 440) ebenso substantiiert wie anschaulich zu begründen und in einen großen Zusammenhang zu stellen. Man kann Eisenharts Buch als Plädoyer verstehen, diesen Zustand zu beenden und mehr Mut zu wagen, politische Bildung auch als politischen Unterricht zu praktizieren. Zeit dazu wäre es.

URSULA MÜNCH



Eschenhagen, Wieland / Judt,
Matthias: Der neue Fischer
Weltalmanach – Chronik
Deutschland 1949-2014. 65
Jahre deutsche Geschichte im
Überblick. Frankfurt: Fischer
Verlag 2014, 480 Seiten,
€ 14,99.

Die Chronik Deutschland von 1949 bis 2014 ist nicht nur ein wertvolles Lesebuch, ein unverzichtbares Nachschlagewerk und eine wichtige Orientierungshilfe, sondern zugleich auch eine ausgezeichnete Informationsquelle für die Vorbereitung des Unterrichts in der Sekundarstufe I und II. Das Buch kann sicher einen Stammplatz in der Lehrerbibliothek beanspruchen.

Die Chronik Deutschland von 1949 bis 2014 zeichnet die deutsche Geschichte der letzten 65 Jahre nach, und zwar von der Besatzungszeit über die doppelte Staatsgründung von BRD und DDR, von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder, von den Studentenrevolten zum „deutschen Herbst“, von der brisanten Phase des Kalten Kriegs zur Wiedervereinigung, von Adenauer bis zur ersten Bundeskanzlerin und von den Trümmerfrauen bis zur Globalisierung im neuen Jahrtausend.

Die bedeutendsten Ereignisse in Ost und West werden farbig hervorgehoben, die Kurzbiographien zu allen bekannten Amtsträgern, die Kabinettslisten der Bundeskabinette und der Regierung der DDR sowie sämtliche Wahlergebnisse auf Bundes- und Länderebene regen zu intensiven und vielfältigen Diskussionen an. Weitere Impulse für kontroverse